

Die Vertriebenenproblematik in Brandenburg und im Oppelner Schlesien 1945–1952

Ausgewählte Aspekte einer vergleichenden Landesgeschichte

von

Philipp Ther

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg hatte das Ende der staatlichen Existenz Preußens zur Folge. Entsprechend den bereits im Krieg ausgearbeiteten Plänen der Alliierten wurde der Staat Preußen durch ein Gesetz des Alliierten Kontrollrats am 25. Februar 1947 aufgelöst. Die preußischen Gebiete östlich von Oder und Neiße waren schon 1945 unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung gestellt worden, die preußischen Provinzen, die westlich der beiden Grenzflüsse lagen, wurden entweder wie das Restgebiet der Provinz Mark Brandenburg zu Ländern, oder sie gingen wie der westlich der Neiße gelegene Teil Niederschlesiens in anderen Ländern auf.

Trotz der Festlegung neuer Länder- und Staatsgrenzen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich zuvor preußische Gebiete in vielen Aspekten ähnlich weiter. Auf den ersten Blick mag das überraschen, denn schließlich wurden nach 1945 in Ostmitteleuropa nicht nur die staatlichen, sondern auch die ethnischen Grenzen mittels massenhafter Vertreibungen und Umsiedlungen neu gezogen. Doch die demographischen Veränderungen und ihre umfassenden Folgen gehören zu den Faktoren, die es angebracht erscheinen lassen, eine in manchen Aspekten ähnliche Nachkriegsgeschichte von Sachsen-Anhalt bis Oberschlesien zu konstatieren. Die Feststellung der Ähnlichkeit gilt auch und gerade für ehemals preußische Regionen, die nach 1945 auf beiden Seiten der neuen deutsch-polnischen Grenze lagen. Am Beispiel von Brandenburg und des Oppelner Schlesien läßt sich nachweisen, daß der vormals zu Preußen gehörige Teil Ostmitteleuropas trotz der Zäsur von 1945 bis weit in die 50er Jahre hinein als historischer Raum fortexistierte. Diese These soll wie die gesamte vorliegende Studie als Anreiz dienen, in der landesgeschichtlichen Forschung der Bundesrepublik den Blick über die heutigen Grenzen Deutschlands hinweg nach Osten zu richten. Die Erweiterung der Perspektive soll – das muß angesichts der Traditionen deutscher Ostforschung betont werden – nicht etwa beweisen, wie deutsch diese Gebiete blieben, sondern vor Augen führen, wie ähnlich der deutsche und der polnische Teil Ostmitteleuropas trotz der Ziehung neuer ethnischer und territorialer Grenzen blieben.

Angesichts des begrenzten Umfangs der vorliegenden Studie können die Ähnlichkeiten und die Unterschiede in der Geschichte der ehemaligen preußischen Provinzen Brandenburg und Oberschlesien von 1945 bis 1952 allerdings nur cursorisch dargestellt werden. Die Ähnlichkeiten lagen in der strukturprägenden Vorgeschichte beider Regionen im preußischen Staatsverband, im

Hineinfallen in das sowjetische Glacis mit den damit verbundenen Auswirkungen auf das politische und wirtschaftliche System sowie den massiven demographischen Veränderungen. Der Schwerpunkt dieser Studie liegt auf der Geschichte des Bevölkerungsteils in beiden verglichenen Regionen, der aus seiner ursprünglichen Heimat vertrieben und dort angesiedelt wurde. Gerade der Verlauf und die Folgewirkungen von erzwungenen Migrationen und der nachfolgenden Integration von Vertriebenen bestimmten die Ähnlichkeit der brandenburgischen und der oberschlesischen Geschichte nach 1945. Die Integration als politische Zielsetzung und als gesellschaftlicher Prozeß vollzog sich im Oppelner Schlesien und in Brandenburg unter dem Einfluß eines rapiden politischen und gesellschaftlichen Wandels. Diese beiden Vorgänge waren miteinander verbunden und können daher nur im Zusammenhang verstanden werden.

Bereits während des Zweiten Weltkrieges setzten in Ostmitteleuropa Flucht- und Vertreibungswellen ein, die Brandenburg und das Oppelner Schlesien nachhaltig beeinflussen sollten. Seit 1943 flüchteten Hunderttausende polnische Staatsbürger aus den historischen Ostgebieten Polens in die dortigen, noch unter polnischer Kontrolle stehenden Städte oder nach Westen in das Generalgouvernement. Die Hauptgründe für ihre Flucht waren der ukrainisch-polnische Bürgerkrieg, später auch die erneute Machtergreifung sowjetischer Organe nach dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen. Eine vergleichbare, in ihren Ausmaßen jedoch weit umfassendere Fluchtbewegung nach Westen setzte ein, als die Rote Armee Ende 1944 das Gebiet des Deutschen Reiches erreichte. Die polnischen und die deutschen Flüchtenden ahnten damals noch nicht, daß der Verlust ihrer Heimat endgültig sein würde und sie damit zu Vertriebenen würden.

Zahlreiche Polen und Deutsche, die noch in den jeweiligen Ostgebieten verblieben waren, wurden außerdem während des polnisch-ukrainischen Bürgerkrieges bzw. nach dem Einmarsch der Roten Armee Opfer sogenannter „wilder“ Vertreibungen, die schließlich im Nachhinein völkerrechtlich sanktioniert wurden. Die Vertreibung der Deutschen wurde im Potsdamer Abkommen¹ besiegelt, die Vertreibung der Polen aus ihren Ostgebieten wurde erstmalig in den „Repatriierungsverträgen“ Polens mit der Ukrainischen, der Weißrussischen und der Litauischen SSR vom 6. bzw. 22. September 1944 beschlossen²

¹ Der Text des Potsdamer Abkommens ist enthalten in: *Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949*, Berlin 1971, S. 55–73.

² Die Repatriierungsverträge liegen in gedruckter Fassung nicht vor und können daher nur in verschiedenen Beständen des Archiwum Akt Nowych (künftig zit.: AAN) in Warschau eingesehen werden. Der Repatriierungsvertrag des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, kurz PKWN, die vorläufige moskautreue Regierung von Lublin) mit der Litauischen SSR vom 22. 9. 1944 ist enthalten in: AAN, Bestand GP Rz d/s Repatr. [Hauptbevollmächtigter der polnischen Regierung für Repatriierungsangelegenheiten], sygn. 1, Bll.

und dann nochmals durch den Repatriierungsvertrag Polens mit der UdSSR vom 6. Juli 1945 bestätigt.³ Resultat der Fluchtbewegungen, der wilden Vertreibungen und der vertraglich festgelegten Bevölkerungsverschiebungen waren Migrationsströme, die dem 20. Jahrhundert den Beinamen „Jahrhundert der Vertreibungen“ gaben.

Auf der letzten großen Drei-Mächte-Konferenz in Potsdam wurde neben der ethnischen auch die territoriale Neuordnung Ostmitteleuropas beschlossen. Durch das Potsdamer Abkommen wurden Brandenburg und das Oppelner Schlesien aus dem gemeinsamen Dach des Staates Preußen herausgelöst. Die ehemalige Provinz Oberschlesien wurde unter polnische Verwaltung gestellt und damit de facto Polen zugeschlagen. Bis 1950 war das Oppelner Schlesien Teil der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa, die über Kattowitz (Katowice) bis nach Teschen (Cieszyn) reichte. 1950 wurde das Oppelner Schlesien zu einer eigenen Wojewodschaft mit leicht veränderten Grenzen im Vergleich zum ehemaligen Regierungsbezirk Oppeln. Seitdem existiert das Oppelner Schlesien (Śląsk Opolski) als Region mit einer spezifischen Geschichte und Identität und ist daher trotz seiner geringeren Größe ein geeigneter Vergleichsgegenstand zu Brandenburg. Der westlich von Oder und Neiße gelegene größere Teil Brandenburgs bestand 1945 als Provinz Mark Brandenburg fort, die seit 1947 als Land bezeichnet wurde.

Von den genannten Migrationsströmen waren sowohl das Oppelner Schlesien als auch Brandenburg im Vergleich zu anderen Regionen in Polen und Deutschland in besonderem Maße betroffen. Beide Vergleichsgebiete waren zugleich Durchgangsstation für polnische bzw. deutsche Vertriebene, die weiter nach Westen transportiert wurden, und Aufnahme-region für Vertriebene. Gemäß der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 lebten in Brandenburg 533 964 Vertriebene, die Gesamtbevölkerung betrug 2 527 492 Menschen.⁴ 1948 wies die Statistik 760 056 „Umsiedler“ – so wurden die Vertriebenen in der SBZ/DDR genannt – auf.⁵ Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug damit ein knappes Viertel. In der 1950 gebildeten Wojewodschaft Oppeln (Opole) lebten

19–21. – Der entsprechende Vertrag mit der Ukrainischen SSR vom 6. 9. 1944 findet sich in: AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 1, Bll. 28–37. Der Vertrag mit der Weißrussischen SSR entsprach im wesentlichen dem Vertrag mit der Ukrainischen SSR. – Da 1944 gleichzeitig zum PKWN in London die international anerkannte polnische Exilregierung amtierte, kann die Rechtsgültigkeit der Repatriierungsverträge angezweifelt werden. Der polnische Zeithistoriker Andrzej Albert bezeichnet sie als widerrechtlich. Vgl. ANDRZEJ ALBERT: *Najnowsza historia Polski 1918–1980* [Neueste Geschichte Polens], London 1991, S. 449.

³ Siehe AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 1, Bll. 16–18.

⁴ Beilage zu Statistische Praxis, Stuttgart 1948, Heft 7.

⁵ Bei dieser Zählung wurden allerdings die wegen des Bombenkrieges aus den Städten Evakuierten mitgezählt. Sie stellten etwa 10 % der „Umsiedler“. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Potsdam, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1166, Bl. 5.

809 500 Menschen. Davon waren 188 300 oder 23,3 % sogenannte „Repatrianten“.⁶

„Umsiedler“ und „Repatrianten“ sind gleichermaßen als Vertriebene zu bezeichnen, da die deutschen und die polnischen Ostgebiete im Zuge international gelenkter Prozesse auf Beschluß Dritter, d. h. der alliierten Siegermächte, von Deutschland bzw. von Polen abgetrennt wurden und die dort ansässige Staatsbevölkerung unter mittelbarem oder unmittelbarem Zwang ihre Heimat verlassen mußte, außerdem der Vertreibungsprozeß in beiden Fällen in die Phasen der Flucht, der wilden Vertreibung und der vertraglich festgelegten Zwangsaussiedlung gegliedert werden kann.⁷

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede zwischen der Vertreibung von Deutschen und Polen, zum einen in der Legitimierungspraxis, zum anderen in der Durchführung der Vertreibungen. Das *Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego* (PKWN) [Polnisches Komitee Nationaler Befreiung] in Lublin, also die Vorgängerin der moskautreuen Regierung, stimmte den neuen Ostgrenzen in Verträgen mit den weißrussischen, ukrainischen und litauischen Sowjetrepubliken zu. Jedoch können weder das PKWN noch die am 1. Januar 1945 neugebildete polnische Regierung als gleichberechtigter Vertragspartner Stalins angesehen werden.⁸ Polen als einem zwar nicht nominel-

⁶ In die gesamte SBZ gelangten bis 1948 4,3 Millionen Vertriebene und stellten dort 24,2 % der Bevölkerung. Für Gesamtdeutschland vgl. auch WOLFRAM WETTE: *Eine Gesellschaft im Umbruch. „Entwurzelungserfahrungen“ in Deutschland 1943–1948 und sozialer Wandel*, in: *Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung*, hrsg. von ROBERT STREIBEL, Wien 1994, S. 257–284. – In Polen war der Anteil der 2,4 Millionen Ostvertriebenen an der Gesamtbevölkerung mit etwa 10 % deutlich niedriger. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, daß gut zwei Millionen Menschen zusätzlich aus dem Westen zurückströmten, die während des Krieges von den Deutschen verschleppt oder vertrieben worden waren. Krystyna Kersten charakterisiert die Situation daher zutreffend: „The Pole of 1945 (and of the next two years) was a wanderer.“ Vgl. KRYSZYNA KERSTEN: *The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943–1948*, Berkeley 1991, S. 164.

⁷ Die Rezeption des eigenen Schicksals unter polnischen und deutschen Vertriebenen war ebenfalls von Gemeinsamkeiten geprägt. Viele polnische Zwangsmigranten empfanden sich ähnlich wie ihre deutschen Schicksalsgenossen als „vertrieben“, d. h. als der Heimat entrissen und einseitig geschädigt. In scharfem Gegensatz dazu stand die offizielle Darstellung der Vertreibung in der SBZ/DDR und in der Volksrepublik Polen. In der SBZ gebot die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) bezeichnenderweise in ihrer ersten Rundverfügung, „daß fortan in unserem Sprachgebrauch nur die Rede von Umsiedlern ist. Die Bezeichnung Flüchtlinge oder Ausgewiesene ist nicht mehr zu gebrauchen.“ Bundesarchiv, Potsdam (künftig zit.: BAP), O-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 1, Bl. 7. Ähnlich wie der Umsiedlerbegriff ist auch der Terminus „Repatriant“ eine euphemistische Wortschöpfung. Genau genommen wurden die „Repatrianten“ im Gegensatz zu ihren deutschen Schicksalsgenossen nicht in das eigene Land, sondern in die Fremde vertrieben. Die zwei Jahrhunderte währende preußische Prägung des Oppelner Schlesiens trug zu einem Gefühl der Fremdheit und Unsicherheit unter vielen vertriebenen Ostpolen bei.

⁸ Zu den zahlreichen Beschwerden polnischer Stellen, weil sie im Zuge der Repatriierung entgegen geschlossenen Verträgen übergangen wurden, und zur Problematik

len, aber faktischen Verlierer des Krieges blieb keine andere Wahl, als sich Stalin und der ethnisch-territorialen Neuordnung Europas unterzuordnen. Dagegen wurde das Deutsche Reich zerschlagen und konnte daher im Unterschied zu Polen zu keinen Verträgen über Grenzen oder Umsiedlungen gezwungen werden.⁹ Das deutsche Volk verlor seine Ostgebiete nach dem Potsdamer Abkommen *de facto* mit der Vertreibung eines Großteils der dort ansässigen Staatsbevölkerung.¹⁰

Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht darin, daß das Oppelner Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg eine dritte starke Bevölkerungsgruppe aufwies: 158 100 „Umsiedler“ aus Zentralpolen, die 19,5 % der Bevölkerung ausmachten.¹¹ Die Existenz dieser dritten Gruppe differenziert das Integrationsmilieu im Oppelner Schlesien von dem in Brandenburg. Generell muß für das Oppelner Schlesien zwischen zwei Integrationsmilieus unterschieden werden. Zum einen gab es dort Gebiete, in denen die vor 1945 ansässige, einheimische Bevölkerung größtenteils verblieben war. Zum anderen war die in den an Niederschlesien angrenzenden Landkreise vor 1945 ansässige deutsche Bevölkerung nahezu komplett entfernt worden. Außerdem war der Rechtsstatus

der Ungleichgewichtigkeit sowjetisch-polnischer Beziehungen s. PIOTR EBERHARDT: *Polska granica wschodnia* [Die polnische Ostgrenze], Warszawa 1993, S. 154–165.

⁹ Vgl. ARTUR HAJNICZ: *Dialog – Założenia, obawy, oczekiwania* [Dialog – Grundsätze, Befürchtungen, Erwartungen], in: *Polska w Europie. Zeszyt specjalny*, hrsg. von Zespół Ośrodka Studiów Międzynarodnych, Warszawa 1995, S. 8–25; DERS.: Interview in der *Gazeta Wyborcza*, Nr. 98, 26. 4. 1995, S. 4. Hajnicz weist darauf hin, daß Polen Objekt und nicht Subjekt der Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg war, gleichzeitig aber für die Art und Weise der Durchführung der Vertreibung verantwortlich sei.

¹⁰ Der Begriff Vertreibung ist trotz seiner moralisch-emotionalen Implikationen dem künstlich geschaffenen und klingenden Terminus „Zwangsumsiedlung“ vorzuziehen, da er zumindest in Deutschland über stärkere etymologische Wurzeln verfügt und im Vertriebenengesetz eine juristische Referenzmöglichkeit vorhanden ist. Der Begriff Vertriebener war und ist auch durchaus als Aufforderung an die Aufnahmegesellschaft zur Integration der Ankömmlinge zu verstehen, da Vertreibung einen endgültigen Ortswechsel beschreibt. Der wissenschaftliche Gebrauch des Vertreibungsbegriffes kann dazu beitragen, politischen Mißbrauch des Begriffs einzudämmen. Die Verwissenschaftlichung dieses Terminus fällt mit dem Ende des Kalten Krieges und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1991 leichter als zuvor. Vgl. als Beispiele eines wissenschaftlichen Gebrauchs des Vertreibungsbegriffs, der für Tschechen und Polen akzeptabel ist: Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. Hrsg. von der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission, München 1996, S. 57–75 und WŁODZIMIERZ BORODZIEJ/ARTUR HAJNICZ: *Der Komplex der Vertreibung. Abschlußbericht*, Warschau, 4. 12. 1996.

¹¹ Statistik zitiert nach MICHAŁ LIS: *Ludność rodzima na Śląsku Opolskim po II wojnie światowej (1945–1993)* [Die einheimische Bevölkerung im Oppelner Schlesien (1945–1993)], Opole 1993, S. 31. Der Umsiedlerbegriff ist für die aus Zentralpolen zugewanderten Bewohner in die polnischen Westgebiete („ziemie zachodnie“ ist der heute in Polen übliche Terminus für die ehemals deutschen Ostgebiete) zutreffend, da diese Menschen tatsächlich weitgehend freiwillig umsiedelten.

der Einheimischen im Vergleich zu Brandenburg verschieden. Die von unterschiedlichen nationalen und kulturellen Identitäten geprägten Einheimischen Oberschlesiens mußten sich zur Erlangung der polnischen Staatsbürgerschaft verifizieren lassen,¹² also eine bürokratische Prüfung durchlaufen, um Polen und damit gleichberechtigte polnische Staatsbürger zu werden. Ein Scheitern in der Verifizierung hatte die Ausweisung bzw. Vertreibung zur Folge. Ihr Status war damit erheblich unsicherer und auch ungünstiger als derjenige der Einheimischen in Brandenburg. Für beide Vergleichsgebiete bleibt festzuhalten, daß die Aufnahme von Vertriebenen für ihre Nachkriegsgeschichte prägend war. Die Vertriebenen waren zugleich Teilhaber und Auslöser eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.

Um die Geschichte der Vertriebenen und die Tatsache zu verstehen, daß Vertriebene in beiden Gesellschaften eine klar abgrenzbare und häufig ausgegrenzte Bevölkerungsgruppe darstellten, muß zunächst der Verlauf der Vertreibungen grob umrissen werden. Auf dem Papier wurden auf der Potsdamer Konferenz „humane“ und „organisierte“ Bevölkerungstransfers vereinbart, in den Verträgen des PKWN mit den drei Sowjetrepubliken wurde ein „humaner“ Ablauf der „Repatriierung“ in mehreren Paragraphen konkretisiert. Die polnischen Vertriebenen waren somit theoretisch besser gestellt als die deutschen Vertriebenen. Diese durften selbst bei der Vertreibung nach dem Abschluß des Potsdamer Abkommens höchstens Handgepäck mit sich führen. Den polnischen Vertriebenen war es vertragsgemäß erlaubt, wenn sie vom Land stammten, pro Familie 2 Tonnen Gepäck und Vieh mitzunehmen, die Städter durften eine Tonne ausführen.¹³ Allerdings konnten die vertraglich festgelegten Bestimmungen weder im Falle der deutschen noch der polnischen Vertriebenen eingehalten werden. Für die polnischen Vertriebenen scheiterte eine ordnungsgemäße „Evakuierung“ – so nannten die Behörden die „Repatriierung“ ursprünglich – an der Willkür der sowjetischen Stellen, von Angehörigen der Nachbarvölker oder an dem allgemeinen Mangel und Chaos der unmittelbaren Nachkriegsperiode. Häufig kam es zu Plünderungen vor dem Abtransport nach Westen. Die Transportkapazitäten waren viel zu gering, und auch die Versorgung mit Lebensmitteln oder ärztlicher Hilfe war unzureichend. All dies galt in noch stärkerem Ausmaße für die deutschen Vertriebenen. Sie stellten darüber hinaus als schutzlose Angehörige der Nation, die den Krieg vom Zaun gebrochen und verloren hatte, potentielle Objekte von Rache und Mißhandlungen dar.¹⁴

¹² Zur Verifikation vgl. JAN MISZTAŁ: *Werifikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych* [Die Verifikation der Nationalität in den wiedergewonnenen Gebieten], Warszawa 1990; vgl. auch JOACHIM ROGALL, in: *ZfO* 44 (1995), S. 97–114.

¹³ KAZIMIERZ ŻYGULSKI: *Repatrianci na Ziemiach Zachodnich. Studium Socjologiczne* [Die Repatrianten in den Westgebieten. Soziologisches Studium], Poznań 1962, S. 20.

¹⁴ Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, hrsg. von THEODOR SCHIEDER, Bonn 1953–1961. Den deutschen Vertriebenen vergleichbaren

Eine der wichtigsten Folgen der Vertreibung war die weitgehende materielle Degradierung der deutschen und polnischen Vertriebenen. Meist konnten sie nur einen kleinen Teil ihrer Habe aus dem Osten retten. Die Umstände der Vertreibung verursachten außerdem bei vielen Betroffenen Vertreibungstraumata, die sich unter anderem in weit verbreiteten Gefühlen der Entwurzelung, Apathie und verspäteter Arbeitsaufnahme äußerten.¹⁵ Viele deutsche und polnische Vertriebene vor allem der älteren Generation glaubten nicht, daß die Vertreibung endgültig sei, und versuchten sich daher in den Aufnahmegebieten nicht mehr als ein Existenzminimum zu sichern.¹⁶ Die psychosozialen Folgen der Vertreibung verursachten eine Verstärkung der negativen Stereotype der Einheimischen (im Oppelner Schlesien auch der Umsiedler aus Zentralpolen) von den Neuankömmlingen. Die Vertriebenen waren in Brandenburg und im Oppelner Schlesien gleichzeitig als arm und fremd identifizierbar. Dies verzögerte ihre Integration in die Gesellschaft wesentlich.

Während die Vertreibung selbst, also die Ausweisung und der Abtransport, noch relativ rasch durchgeführt werden konnten, überforderte die Aufnahme der Vertriebenen die Behörden weitaus mehr. Die folgenden Situationsbeschreibungen aus beiden Vergleichsgebieten illustrieren die katastrophale Si-

Anschlägen auf Leib und Leben waren Polen hauptsächlich in den von Ukrainern und Polen gemischt besiedelten Gebieten Ostpolens, insbesondere in Wolhynien, ausgeliefert. Zum polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg s. PIOTR EBERHARDT: *Przemiany narodowościowe na Ukrainie XX wieku* [Der Nationalitätenwandel in der Ukraine im 20. Jh.], Warszawa 1994, S. 157 ff.; RYSZARD TORZECKI: *Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej* [Polen und Ukrainer. Die ukrainische Frage in der Zeit des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet der Zweiten Republik], Warszawa 1993; JAN ŁUKASZÓW: *Walki polsko-ukraińskie 1943–1947* [Polnisch-ukrainische Kämpfe 1943–1947], in: *Zeszyty Historyczne* 90 (1989), S. 159–199.

¹⁵ Für das Oppelner Schlesien vgl. ŻYGULSKI (wie Anm. 13), S. 19.; STEFAN NOWAKOWSKI: *Adaptacja ludności na Śląsku Opolskim* [Die Adaption der Bevölkerung im Oppelner Schlesien], Poznań 1957, S. 39; *Pierwsze lata władzy ludowej we wspomnieniach Opolan. Materiały konkursowe. Wspomnienia* [Die ersten Jahre der Volksregierung in den Erinnerungen der Oppelner. Unterlagen eines Wettbewerbs. Ungedruckte Erinnerungen], Opole, Archiv des Institut Śląski, S. 835 f.; s. a. den Bericht einer Untersuchungskommission des Ministerstwo Ziem Odzyskanych (Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete, künftig zit. als MZO) in Oppeln vom 17. 1. 1946, in: AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 14 ff. – Für die SBZ/DDR vgl. WOLFGANG MEINICKE: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: *Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone*, hrsg. von MANFRED WILLE u. a., Wiesbaden 1993, S. 55–86, hier S. 61; s. a. BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 57 und BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 25.

¹⁶ Vgl. PETER HÜBNER: Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlenrevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre, in: *Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970*, hrsg. von PETER HÜBNER, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien, Bd. 7), S. 23–59, hier S. 38; WOLFGANG MEINICKE, ALEXANDER VON PLATO: *Alte Heimat – Neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1991, S. 28–29.

tuation nach dem Krieg. Die Brandenburger Umsiedlerbehörde schrieb in ihrem Jahresbericht 1946: „Zu einer Zeit, wo etwa eine Million Umsiedler, zum großen Teil noch planlos, Unterkunft suchend, herumzogen; zu einer Zeit, wo weitere Flüchtlingsströme über die Oder und Neiße in die Provinz Mark Brandenburg gelangten, in ein Gebiet, das durch die Kriegsereignisse weit schwerer als andere Länder und Provinzen unserer Zone in Mitleidenchaft gezogen war. Es gibt in der Geschichte kaum ein Beispiel, das sich mit dieser Volkswanderung vergleichen läßt. Städte wie Frankfurt/O. und Küstrin, die zum Einfallstor für Hunderttausende wurden – selbst zum überwiegenden Teil zerstört, ohne jegliche Lebensmittelvorräte, ohne Wasserversorgung, ohne ärztliche Hilfe, ohne Medikamente, ohne Unterkunft, ohne Transportmittel und ohne genügende Zahl an Menschen, die Hilfe hätten leisten können – wurden der Schauplatz einer grauenvollen Tragödie.“¹⁷

Auch im Oppelner Schlesien herrschten nach dem Kriegsende chaotische Zustände. Bei den Eisenbahnknotenpunkten kam es zu Flüchtlingsstaus. Ende Juni 1945 lagerten bei den Bahnhöfen in Oppeln, Groß Strehlitz, Neisse und anderen Orten im Oppelner Land über 43000 Menschen.¹⁸ Bis in den Spätherbst hinein hausten Tausende von vertriebenen Polen unter freiem Himmel. Der Bericht einer Delegation der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) vom 22. Juni 1945 gibt die Lage der „Repatrianten“ in Oppeln wieder: „Die Bedingungen, unter denen sich die Leute aufhalten, sind wirklich fatal. 1) Mangel irgendwelcher sanitären Einrichtungen. 2) Niemand kümmert sich um Sauberkeit. 3) Mangel an sauberem Trinkwasser. Unter den Repatrianten gibt es schon Typhuskranken, für die es an ärztlicher und medikamentöser Fürsorge fehlt.“¹⁹

Die Ursachen dieser Tragödie waren vielfältig. Die Versorgungsengpässe und Kriegszerstörungen in großen Teilen Brandenburgs²⁰ und des Oppelner

¹⁷ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 1 [Syntaxfehler im Original].

¹⁸ FRANCZICZEK SERAFIN: *Osadnictwo wiejskie i miejskie w województwie Śląsko-Dąbrowskim w latach 1945–1948* [Dörfliche und städtische Ansiedlung in der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa in den Jahren 1945–1948], Katowice 1973, S. 94; STEFAN BANASIAK: *Osadnictwo rolne w województwie Śląsko-Dąbrowskim w latach 1945–1947* [Agrarische Ansiedlung in der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa in den Jahren 1945–1947], in: *Studia i Materiały z Dziejów Śląska* [Studien und Materialien aus der Geschichte Schlesiens], t. 6, Wrocław 1964, S. 138–182, hier S. 153; JÓZEF LISZKA: *Wkład kościoła tworzenia się nowego społeczeństwa w diecezji opolskiej w latach 1945–1951* [Der Beitrag der Kirche zur Bildung einer neuen Gesellschaft in der Oppelner Diözese in den Jahren 1945–1951], Lublin 1971 (ungedruckte Dissertation an der Katholischen Universität Lublin), S. 46f.

¹⁹ AKW, PZPR (ehemaliges Archiv des Komitet Wojewódzki der PZPR, zur Zeit nicht zugänglich) Katowice – 1/VI/15, zit. nach ZBIGNIEW KOWALSKI: *Kształtowanie się władzy ludowej na terenie miasta Opola w latach 1945–1946* [Die Bildung der Volksregierung auf dem Terrain der Stadt Oppeln in den Jahren 1945–1946] (Ungedruckte Quellensammlung), Opole, Archiv des Instytut Śląski, Quelle Nr. 133.

²⁰ In Brandenburg war der östlich von Berlin gelegene Teil der Provinz am stärksten zerstört. In einzelnen Städten wie Fürstenwalde, Prenzlau, Forst, Schwedt und Lüb-

Schlesien²¹ erschwerten die Aufnahme im Vergleich zu Gegenden, in denen der Krieg weniger Spuren hinterlassen hatte.²² Zu berücksichtigen ist ebenso, daß erzwungene Migrationsbewegungen solchen Ausmaßes ohne Präzedenzfall waren. Unbeherrschbar waren die Bevölkerungsverschiebungen jedoch auch aufgrund der damaligen politischen Prioritäten. Einwohner der deutschen Ostgebiete wurden häufig noch vor der Potsdamer Konferenz rücksichtslos abgeschoben, um polnische Ansprüche auf diese Territorien zu untermauern. Vor allem Deutsche, die nahe der Oder und Neiße ansässig waren, wurden im Frühsommer 1945 massenhaft über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Dies betraf Brandenburg mit seiner langen Grenze am Flußufer in besonderem Maße.²³ Auch in den polnischen Ostgebieten wollte Stalin möglichst rasch ein *fait accompli* erreichen und ließ Polen abtransportieren, noch bevor deren zukünftige Siedlungsgebiete im Westen erobert waren.²⁴ Die Ostgebiete des Deutschen Reiches wurden unmittelbar nach dem Vorrücken der Front – im Hinblick auf eine kommende Neuziehung der Grenzen – möglichst rasch mit Polen besiedelt. Der polnische Ministerrat beschloß, die Besiedlung müsse schnell geschehen, „ohne die Aufmerksamkeit auf die unter diesen Bedingungen unvermeidbaren Mißstände und Fehler zu lenken“. Diese Politik, so hieß es, sei „diktiert durch die Staatsraison“.²⁵ Ziel sei es, „daß in kürzester Zeit in den Allensteiner, Stettiner, Oppelner und Breslauer Gebieten sich eine größtmögliche Zahl von Bevölkerung ansiedelt“.²⁶

Die Behörden handelten entsprechend dieser Anweisung. In das Oppelner Land wurden wesentlich mehr Vertriebene und Umsiedler²⁷ eingewiesen, als

ben lag der Zerstörungsgrad bei 80 Prozent und mehr. Vgl. GERALD CHRISTOPEIT: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg und ihr Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung, in: Sie hatten alles verloren (wie Anm. 15), S. 86–110, hier S. 95.

²¹ Im Oppelner Land waren die größeren Städte wie Oppeln, Neisse, Ratibor, Leobschütz und der ehemalige Frontabschnitt, der sich vom Nordwesten schräg zum Südosten der Provinz hinzog, am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Der Zerstörungsgrad lag teilweise ähnlich wie in Brandenburg bei 80 Prozent und mehr.

²² In den Regionen, in denen die Kriegszerstörungen gering geblieben waren, wie z. B. in den an Böhmen angrenzenden Kreisen Niederschlesiens oder in Thüringen, verlief der materielle Wiederaufstieg der Vertriebenen meist reibungsloser als in stark zerstörten Gebieten. Vgl. ELŻBIETA KOŚCIK: Osadnictwo wiejskie w południowych powiatach dolnego Śląska w latach 1945–1949 [Die dörfliche Ansiedlung in den südlichen Kreisen Niederschlesiens in den Jahren 1945–1949], Wrocław 1982.

²³ HÜBNER (wie Anm. 16), S. 37.

²⁴ STEFAN BANASIAK: Państwowy Urząd Repatriacyjny [künftig zit.: PUR] w latach 1944–1946 [Das staatliche Repatriierungsamt in den Jahren 1944–1946], in: Przegląd Zachodni 17 (1961), t. II, S. 337–348, hier S. 338f.

²⁵ Erläutert wurden diese Details im Anhang der Beschlußvorlage, vgl. AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 11–24.

²⁶ AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 1–7.

²⁷ LISZKA (wie Anm. 18), S. 46; ŻYGULSKI (wie Anm. 13), S. 112; s. a. Archiwum Państwowe w Opolu (künftig zit.: AP w Opolu) [Staatliches Archiv in Oppeln], PUR, pow. Kluczbork, Nr. 6, Bl. 46.

Platz zur Ansiedlung vorhanden war. Nach mehreren Inspektionen der Region im Januar 1946 stellte der Generalsekretär der PPR, Władysław Gomułka, fest: „Die Aufnahmefähigkeit des Oppelner Landes ist vollkommen erschöpft, es ist sogar nötig, von hier 60000 Familien umzusiedeln.“²⁸ Leidtragende der chaotischen Besiedlungspolitik waren zum einen die einheimischen Oberschlesier, deren Landwirtschaften häufig bereits von vertriebenen Ostpolen belegt waren, wenn sie von der Flucht bzw. der Evakuierung durch NS-Behörden in ihre Heimat zurückkehrten, zum anderen aber die Vertriebenen selbst. Die Wojewodschaftsverwaltung beschloß 1946 die Aussiedlung von 6000 „Repatrianten“ aus dem Oppelner Schlesien, um die Überbevölkerung zu vermindern.²⁹ Diese „zweite Vertreibung“ stieß auf erbitterten Widerstand. Leidtragende der überstürzten Besiedlung³⁰ waren die Vertriebenen auch in einer zweiten Hinsicht. Aus Zentralpolen wurden Menschen in die deutschen Ostgebiete gelockt und gelenkt, ehe die Vertriebenen ankamen. Nach dem Grundsatz „kto pierwszy, ten lepszy – wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ waren in Polen wie auch in Deutschland die Ankömmlinge in der vergleichsweise besseren Lage, die die Aufnahmegebiete früh erreichten. Als das Gros der polnischen Vertriebenen ab Juni 1945 eintraf, kamen sie zu spät. Zu spät waren sie insofern, als die wertvollen und unzerstörten Hofstellen und Wohnungen bereits häufig von Umsiedlern aus Zentralpolen besetzt waren und erst die Rote Armee, dann die Erstankömmlinge im Gefolge der Armee im Oppelner Schlesien geplündert hatten.³¹ Die polnischen Vertriebenen büßten somit den vermeintlichen Vorteil, daß für ihre Aufnahme ehemals deutsche Wohnungen und Arbeitsplätze zur Verfügung standen, weitgehend ein. Die Plünderungen hatten ein solches Ausmaß, daß sich die Regierung in Warschau bereits Sorgen machte, ob die Wiederbesiedlung der „wiedergewonnenen Gebiete“ unter diesen Umständen überhaupt gelingen könne.³²

In Brandenburg waren die Verhältnisse noch beengter als im Oppelner Schlesien, weil dort keine von der ursprünglichen Bevölkerung geräumten Wohnungen oder Bauernhöfe zur Verfügung standen. Zahlreiche Gemeinden und Landkreise meldeten bereits 1945, sie könnten keine weiteren Vertriebenen aufnehmen.³³ 1946 erklärte die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) die Aufnahmekapazität Brandenburgs wegen Wohnraummangels für

²⁸ Zitiert nach JANUSZ W. GOŁĘBIEWSKI: *Pierwsze lata władzy ludowej w Województwie Śląsko-Dąbrowskim* [Die ersten Jahre der Volksregierung in der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa], Katowice 1965, S. 190.

²⁹ Ebenda, S. 192; BANASIAK, *Osadnictwo* (wie Anm. 18), S. 165.

³⁰ Kritisch mit dem Besiedlungsprozeß befaßt sich auch CZESŁAW OSEKOWSKI: *Spółczesność Polski zachodniej i północnej w latach 1945–1956* [Die Gesellschaft des westlichen und nördlichen Polen in den Jahren 1945–1956], Zielona Góra 1994.

³¹ *Pierwsze lata* (wie Anm. 15), S. 911 ff. und 928; KOWALSKI, *Kształtowanie* (wie Anm. 19), Quelle Nr. 149 und 153.

³² AAN, MZO, sygn. 84, Bl. 54–56.

³³ BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 2, Bl. 220.

erschöpft.³⁴ Der Mangel an Wohnraum trug wesentlich zu den scharfen Gegensätzen zwischen Einheimischen und Vertriebenen bei.

Die katastrophale Lage vieler Vertriebener machte ein Einschreiten der Behörden in beiden Vergleichsgebieten unvermeidbar. Grundsätzlich hatten die Machthaber in Polen und der SBZ, unterstützt und geleitet durch die Rote Armee³⁵, das Ziel, die „Umsiedler“ und „Repatrianten“ möglichst rasch in die Gesellschaft zu integrieren. In ihrer Ausrichtung unterschied sich jedoch die Vertriebenenpolitik in Polen und in der SBZ/DDR. In Polen hatte der Kommunismus ähnlich wie in der Tschechoslowakei eine ausgeprägt nationalistische Komponente, daher ist hier der Begriff Nationalkommunismus zutreffend. Die polnischen Machthaber setzten vor allem auf den Nationalismus als Integrationsklammer. Dementsprechend sollten die polnischen Vertriebenen als „Pioniere des Polentums“ (Pionierze polskości) die sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete“ für Polen sichern.³⁶ Gleichzeitig sollten die Vertriebe-

³⁴ BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 4, Bl. 31.

³⁵ Auf die erhebliche Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht kann in der vorliegenden Studie nicht näher eingegangen werden. In den ehemals deutschen Ostgebieten übergaben die Sowjets bis zum Sommer 1945 die Macht an die polnischen Behörden. Die Rote Armee blieb jedoch aufgrund ihrer zahlreichen Stützpunkte ein wesentlicher Machtfaktor. Vgl. dazu PIOTR MADAJCZYK: *Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945–1948 [Der Anschluß des Oppelner Schlesien an Polen]*, Warszawa 1996, S. 94–108. In der SBZ ging die Souveränität später und stückweise in die Hände deutscher Verwaltungen über. Vgl. HANS-JOACHIM SCHRECKENBACH: *Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945. Studien*, hrsg. von WERNER STANG, Potsdam 1995, S. 223–264, hier S. 227–232; vgl. auch die ausgezeichnete Monographie zu diesem Thema von NORMAN M. NAIMARK: *The Russians in Germany: A history of the Soviet Zone of Occupation*, Cambridge 1995. Generell kann festgestellt werden, daß die Sowjetische Militäradministration bezüglich der Vertriebenen politische Leitlinien vorgab sowie vertriebenenpolitische Konflikte innerhalb von Staat und Partei entschied, in die tägliche Vertriebenenpolitik aber nur bei groben Mißständen und eher zufällig eingriff.

³⁶ Vgl. AAN, MZO, sygn. 1256, Bll. 14ff.; s. a. die in Oppeln erschienene Tageszeitung „Trybuna Robotnicza“, Nr. 219, 2. 10. 1945, zit. nach ZBIGNIEW KOWALSKI: *Repolonizacja, życie polityczne i gospodarcze na Śląsku Opolskim w l. 1945–1948*, vol. 1 [Repolonisierung, politisches und wirtschaftliches Leben im Oppelner Schlesien in den Jahren 1945–1948], (unveröffentlichte Sammlung von Presseartikeln aus den Jahren 1945–1948), Opole, Archiv des Instytut Śląski, S. 58–62. Die ehemaligen deutschen Ostgebiete wurden in Polen direkt nach dem Krieg überwiegend als „wiedergewonnene Gebiete“ (ziemie odzyskanie) bezeichnet. Dieser Begriff spiegelt den Rückkehr-Mythos wider, wonach Polen bei seiner Westverschiebung in „urpolnische“ Lande „zurückgekehrt“ sei. Analog zu diesem Mythos wurde bezüglich des Oppelner Landes in zahlreichen Buchtiteln und Quellen der Begriff Repolonisierung, und nicht, wie es wirklich hätte heißen müssen, Polonisierung verwandt. P. MADAJCZYK spricht in seiner jüngsten ausgezeichneten Monographie (s. Anm. 35) von einem „Anschluß“ an Polen und entwirft bezüglich der polnischen Historiographie von vor 1989 ein revisionistisches Geschichtsbild. Seit den 60er Jahren ist in Polen für die ehemals deutschen Ostgebiete der Terminus „Westgebiete“ (ziemie zachodnie) üblich. Da dieser Terminus geographischen, nicht aber propagandistischen Inhalts ist, wird er auch in der vorliegenden Studie übernommen.

nen wie alle anderen Neubürger in den ehemals deutschen Ostgebieten im Rahmen einer kleinbäuerlich und kleingewerblich geprägten Sozialstruktur den Sozialismus aufbauen.

Da die deutschen Kommunisten nach dem verlorenen Krieg keine Legitimität aus dem Nationalismus schöpfen konnten, war die versprochene soziale Gerechtigkeit eine der wenigen Trumpfkarten des sich etablierenden Regimes, um bei der Bevölkerung, darunter auch den Vertriebenen, um Zustimmung zu werben. Im Gegensatz zu Polen stand die allgemeine Politik, aber auch speziell die Vertriebenenpolitik unter einem egalitären Leitmotiv.³⁷ Es herrschte die etwas naive Vorstellung, daß, wenn alle Bürger gleich wären, auch alle Probleme gelöst wären. Dies spiegelt sich in den ersten Stellungnahmen der Behörden zum Vertriebenenproblem wider. Die Brandenburger Umsiedlerbehörde im Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge fand es „beglückend, wenn wir vor diese Menschen hintreten können, um ihnen zu sagen, daß wir sie brauchen“.³⁸

Da die Vertriebenen weitgehend verarmt waren, suchten die Behörden, die Gleichstellung auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Zum einen sollte durch zonenweite Sondergesetze, wie den Befehl 304 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)³⁹ vom Oktober 1946 und durch Sammlungen der Volkssolidarität, die größte Not der Vertriebenen gelindert werden. Ein zweiter Schwerpunkt lag auf der Versorgung mit Wohnraum. In Brandenburg war im Zweiten Weltkrieg etwa ein Drittel des gesamten Wohnraums beschädigt worden, 76967 Wohnungen oder etwa 11 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes waren zerstört.⁴⁰ Es kann aufgrund vieler einzelner Berichte davon ausgegangen werden, daß die Vertriebenen den Landesdurchschnitt von 8,4 Quadratmetern Wohnfläche pro Kopf⁴¹ erheblich unterboten.⁴² Im Sinne

³⁷ Vgl. auch PHILIPP THER: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953 am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: *Jb. für Brandenburgische Landesgeschichte* 46 (1995), S. 159–168.

³⁸ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 4.

³⁹ Der SMAD-Befehl 304 sah für erwachsene Vertriebene, die bis zu 60 % erwerbsunfähig und mittellos waren, vertriebene Rentner und Frauen eine einmalige Unterstützung von 300 Reichsmark, für Kinder 100 Reichsmark vor; vgl. JOHANNES HOFFMANN, MANFRED WILLE, WOLFGANG MEINICKE: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: *Sie hatten alles verloren* (wie Anm. 15), S. 12–26, hier S. 24. Zur Durchführung des Befehls 304 in Brandenburg s. BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1184, Bl. 1 und BLHA, Ld. Br. Rep. 206, Nr. 3312, Bll. 2ff.

⁴⁰ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 63.

⁴¹ PETRA PAPE: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Brandenburg, in: WILLE (wie Anm. 15), S. 110–133, hier S. 118.

⁴² Vgl. Einzelberichte in: BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 23, Bl. 4 und BAP, MdI, 10, ZVU, 0-1, Nr. 13, Bl. 90; s. a. eine entsprechende Beschwerde der SMA Brandenburg in BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 574, Bl. 1; Pape zufolge standen für die Einheimischen acht bis zehn Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung, die Vertriebenen verfügten über zwei bis drei Quadratmeter. Vgl. PAPE (wie Anm. 41), S. 117; für Sachsen s. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SHSA), Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 27, Bl. 5.

eines Ausgleichs beschlagnahmten die Behörden zunächst, gestützt auf das Gesetz Nr. 18 des Alliierten Kontrollrats vom 8. März 1946⁴³, Wohnraum von Altnazis. Nachdem der Leiter der ZVU, Rudolf Engel, im Dezember 1946 erklärt hatte: „Das entscheidende Problem der Umsiedler im heutigem Stadium ist die Frage der Wohnraumbeschaffung. Erst wenn die Umsiedler in ihrer neuen Heimat eine eigene Wohnung haben, und wenn sie noch so bescheiden ist, können sie anfangen sich wohl zu fühlen“,⁴⁴ begann 1947 eine erste Welle von allgemeinen Überprüfungen des Wohnraums auf Unter- und Fehlbelegungen hin. Sie wurden entweder von der Landesumsiedlerbehörde oder den lokalen Umsiedlerausschüssen, die meist mit den Wohnungsausschüssen zusammengefaßt waren, durchgeführt. In Brandenburg wurden allein im Laufe des Jahres 1948 24932 Wohnungen des gesamten Bestandes von 612892 Wohnungen auf Unterbelegung überprüft.⁴⁵ Allerdings stieß die Umverteilung des Wohnraums von Einheimischen zugunsten der Vertriebenen ähnlich wie alle Bestrebungen für einen Lastenausgleich auf zunehmenden und erbitterten Widerstand der Altbevölkerung.

Im Oppelner Schlesien waren die Versuche, den Lebensstandard der Vertriebenen zu heben, weniger durchgeplant und konsequent als in Brandenburg.⁴⁶ Die „Repatrianten“ hatten zeitweise ein Anrecht auf bevorzugte Zuteilung von Lebensmitteln auf Karten und die kostenlose Zuweisung von Kleidung und Wäsche aus ehemals deutschen Beständen. Über die Sicherung des Überlebens hinaus konnten die Vertriebenen jedoch keine Zuwendungen erwarten: In der Frage der Besteuerung von Landwirten, die aus den Ostgebieten stammten und vielfach von Null an beginnen mußten, in der Frage der kostenlosen Abgabe ehemals deutschen Mobiliars und Hausrats, auf die Vertriebene als Ersatz für den in den Vertreibungsgebieten zurückgelassenen Besitz Entschädigungsanspruch gehabt hätten, und in der Frage der Ablösezahlungen für die Übernahme der ehemals deutschen Bauernhöfe entschied die Regierung in Warschau, daß die Staatsfinanzen Vorrang vor Rechten und Ansprüchen der Vertriebenen haben sollten.⁴⁷

Da die meisten Vertriebenen in Brandenburg und im Oppelner Schlesien auf dem Land untergebracht wurden, waren die bedeutendsten Einzelmaßnahmen für ihre Eingliederung die jeweiligen Landreformen. Sie hatten in der SBZ/DDR und in Polen auch eine Schlüsselbedeutung für die Herrschaftslegi-

⁴³ Gesetz des Alliierten Kontrollrats Nr. 18, Wohnungsgesetz, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5, Berlin 31. 3. 1946, S. 117–121.

⁴⁴ BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 4, Bl. 69.

⁴⁵ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1104, Bl. 6. Tatsächlich für Vertriebene freigemacht wurden jedoch nur 1507. Dies demonstriert die geringe Wirksamkeit solcher Umverteilungsmaßnahmen. Vgl. BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1115, Bl. 292.

⁴⁶ AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 1, 2 und 29.

⁴⁷ Vgl. ein geheimes Schreiben des MZO an das Finanzministerium vom 8. Juli 1946, in: AAN, MZO, sygn. 67, Bl. 186–188.

timisation der KPD und der SED⁴⁸ bzw. der PPR und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und wären aus ideologischen Gründen ähnlich wie etwa in der Tschechoslowakei auch durchgeführt worden, wenn keine Vertriebenen anwesend gewesen wären. Im weiteren Sinne jedoch kann die Bodenreform in der SBZ als Teil der Vertriebenenpolitik angesehen werden, weil sie neben anderen Zielen, wie etwa der Versorgung von Kleinbauern und Landarbeitern, der Integration der Vertriebenen dienen sollte. Die Bodenreform sollte ein Netz überlebensfähiger, kleinbäuerlicher Wirtschaften bis zu 10 Hektar Größe schaffen. Eine bedeutende Zielgruppe waren die Vertriebenen, die im Zuge der Bodenreform 39 Prozent des aufgeteilten Landes in Brandenburg erhielten.⁴⁹ Diese Bodenreform krankte jedoch an strukturellen Problemen. Zum einen hatte der Krieg zu starken Verlusten an Vieh, Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen geführt, zum anderen erwies sich der durch Zerstörungen verschärfte, aber ohnehin vorhandene Mangel an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden als großes Hindernis für eine Individualbewirtschaftung. Ein Defizit an Wirtschaftsgebäuden, lebendem und totem Inventar sowie Kapital war die Ursache für das Scheitern zahlreicher „Umsiedlerneubauern“.⁵⁰ Wie Wolfgang Meinicke nachweist, konnten nur 15 Prozent der ehemals vertriebenen Neubauern in der SBZ 1948 als ökonomisch gefestigt gelten.⁵¹ Dies wog für die SBZ/DDR um so schwerer, als von 1947 bis 1950 ein Großteil der Bauressourcen unter besonderer Berücksichtigung von Vertriebenen in die Errichtung von Bodenreformbauernhöfen investiert wurde.⁵²

Im Oppelner Schlesien wurde wie in ganz Polen eine Landreform durchgeführt, deren Konzeption im wesentlichen der Bodenreform in Brandenburg glich. Ziel der polnischen Landreform war es, Kleinbauern mit mehr Boden auszustatten, außerdem Umsiedlern und „Repatrianten“ eine Existenzgründung zu ermöglichen. Auch im Oppelner Schlesien war jedoch die bestehende,

⁴⁸ Vgl. EDWIN HOERNLE: Bodenreform. Eine Wende in der deutschen Geschichte, Rede, Auszug, 19. 9. 1945, in: *Nachkriegsdeutschland 1945–1949*, hrsg. von PETER BUCHER, Darmstadt 1990 (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. X), S. 60–70, betreffend die Vertriebenen s. S. 65.

⁴⁹ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 115 und BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1115, Bl. 292.

⁵⁰ Vgl. ARND BAUERKÄMPER: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: *Sozialgeschichte der DDR*, hrsg. von HARTMUT KAEUBLE u. a., Berlin 1994, S. 119–143.

⁵¹ MEINICKE/VON PLATO (wie Anm. 16), S. 61; vgl. auch PETER-HEINZ SERAPHIM: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1954 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd. 7/1), S. 15–17.

⁵² Vgl. ARND BAUERKÄMPER: Das Neubauernprogramm im Land Brandenburg. Voraussetzungen, Entwicklung und Auswirkungen 1947–1952, in: *Jb. für Brandenburgische Landesgeschichte* 45 (1994), S. 182–202, hier S. 199 ff.; DERS.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, hrsg. von CHRISTOPH BUCHHEIM, Baden-Baden 1995, S. 295–322, hier S. 309.

von Großgrundbesitz geprägte Agrarstruktur ungeeignet für die angestrebte Ansiedlung von Klein- und Mittelbauern. Die Folge war, daß sich die gesamten ehemaligen deutschen Ostgebiete, darunter auch das Oppelner Schlesien, als weniger aufnahmefähig für bäuerliche Bevölkerung erwiesen, als die Regierung geplant hatte.⁵³ Zu erwähnen ist hierbei, daß die polnischen Vertriebenen in noch höherem Maße als die Deutschen aus den Ostgebieten im primären Sektor tätig waren und somit der Zuteilung von Land auch für ihre berufliche Integration eine Schlüsselbedeutung zukam. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten der Landreform trotz vorhandener Bodenflächen ist der Kreis Cosel (Kozle). Dort standen theoretisch 5258 Hektar für die Landreform zur Verfügung. 3308 Hektar ehemaliger Gutsfläche waren aber nicht besiedelbar, da keine Wirtschaftsgebäude zur Verfügung standen.⁵⁴

Diese strukturellen Probleme bewirkten eine allgemeine Krise der Landwirtschaft in Brandenburg und im Oppelner Schlesien, von der die Vertriebenen besonders betroffen waren. Ursache dieser Betroffenheit waren neben den strukturellen Defiziten der Landreformen die tiefen Brüche in den Gesellschaften beider Vergleichsgebiete. Die Machthaber in Polen und in der SBZ/DDR hatten nicht genügend beachtet, daß ihr Bild eines national homogenen bzw. eines solidarischen Volkskörpers mit der Realität wenig zu tun hatte. Die Gesellschaft in Brandenburg und im Oppelner Land zerfiel unter der Last der allgemeinen Versorgungskrise und der Knappheit an Wohnraum und Land in konkurrierende Gruppen.⁵⁵ Auffallend ist die Analogie der Stereotype gegenüber den Ankömmlingen aus dem Osten. Vertriebene in der SBZ/DDR wurden als „Polacken“ und „faules Gesindel“ beschimpft,⁵⁶ Vertriebene in Polen

⁵³ KRYSZYNA KERSTEN: U podstaw kształtowania się nowej struktury agrarnej Ziemi Zachodniej (1945–1947) [Die Grundlagen der Herausbildung der neuen Agrarstruktur der Westgebiete (1945–1947)], in: Polska Ludowa. Materiały i Studia, t. 1 (1962), S. 37–85; der Beitrag von Kersten erklärt das scheinbare Paradoxon zwischen Überfüllung und Unterbevölkerung in den Westgebieten.

⁵⁴ AAN, MZO, sygn. 755, S. 49.

⁵⁵ Für das Oppelner Land stellte Ossowski bereits zwei Jahre nach dem Krieg den Zerfall der Gesellschaft fest. Vgl. STANISŁAW OSSOWSKI: Zagadnienia więzi regionalnej i więzi narodowej na Śląsku Opolskim [Das Problem der regionalen und nationalen Bindung im Oppelner Schlesien], in: Przegląd Socjologiczny, Nr. 9 (1947), S. 73–124, hier: S. 113 und 123; vgl. auch NOWAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 11 ff.; GOŁĘBIEWSKI (wie Anm. 28), S. 131; ZYGULSKI, (wie Anm. 13), S. 112; SERAFIN (wie Anm. 18), S. 233; KERSTEN, U podstaw (wie Anm. 53), S. 83 sieht „Symptome eines wachsenden Klassenkrieges“ auf dem Lande. Nicht übersehen werden sollte jedoch auch der Zusammenhang zwischen Klassenzugehörigkeit und Herkunft; als lokales Beispiel s. AP w Opolu, PUR, pow. Kluczbork, Nr. 6, Bl. 46. Für Brandenburg s. CHRISTOPEIT (wie Anm. 20), S. 99–100. Als Quellen s. BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 4, Bl. 75 und BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 25, Bl. 105; vgl. auch eine Umfrage unter Brandenburger Gemeinden zum Verhältnis zwischen „Umsiedlern“ und Einheimischen vom Frühjahr 1947 in: BAP, 0-1, MdI, 10, ZVU, Nr. 50, Bl. 211.

⁵⁶ Als ein Beispiel unter vielen vgl. BLHA, Rep. 250, LRA Calau-Senftenberg, Nr. 149, Bl. 147f.

als „Russen“, „Faulenzer“ und „Säufer“.⁵⁷ Die Vertriebenen mußten sich ihre neue Existenz somit unter widrigen Bedingungen aufbauen. Aufgrund der materiellen und psychosozialen Folgen der Vertreibung hatten sie relativ schlechte Startchancen, litten allgemein unter einem Mangel an Kapital und Inventar und mußten sich zudem in Konkurrenz zu anderen Bevölkerungsgruppen durchsetzen, was meist nicht gelang. Die Unterschichtung der Gesellschaft durch die Vertriebenen blieb vor allem im ländlichen Milieu bis in die 50er Jahre hinein spürbar.⁵⁸ Für Brandenburg wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Vertriebenen bei der Versorgung mit kurz- und langlebigen Konsumgütern und Wohnraum unterprivilegiert blieben.

Für das Oppelner Schlesien kann die Verarmung zahlreicher „Repatrianten“ nachgewiesen werden.⁵⁹ Wie Zählungen aus dem benachbarten Niederschlesien und entsprechende Beschwerden aus Oberschlesien zeigen, schnitten sie auch bei der Verteilung von Land und hinsichtlich der Landgüte durchschnittlich schlechter ab als die Umsiedler aus Zentralpolen.⁶⁰ Die einheimischen Oberschlesier waren – vor allem 1945 – den ankommenden ostpolnischen Vertriebenen in den Verteilungskonflikten zwischen beiden Gruppen zunächst unterlegen, da sie noch nicht über die polnische Staatsbürgerschaft verfügten und

⁵⁷ Vgl. Leserbriefe an die Trybuna Robotniczna, Nr. 229, 22.8.1946, zit. nach KOWALSKI, Repolonizacja (wie Anm. 36), S. 1; ZYGULSKI (wie Anm. 13), S. 19; NOWAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 39. Allerdings waren im Oppelner Schlesien die Konkurrenzverhältnisse wegen des Vorhandenseins dreier Bevölkerungsgruppen auch von lokalen Umständen und Zweckbündnissen abhängig. In manchen Orten spielte auch eine vierte, kleine Gruppe, die sogenannten Reemigranten aus Westeuropa, eine Rolle.

⁵⁸ Ähnliche Phänomene traten auch in Westdeutschland auf. Vgl. MARION FRANTZIOCH: Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987, S. 211. Zur Unterschichtungstheorie vgl. KLAUS J. BADE: Homo Migrans – Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen 1994, S. 46. Bade zufolge ist für Westdeutschland eine Unterschichtung der Gesellschaft durch Vertriebene, die untere soziale und gesellschaftliche Positionen einnehmen mußten, nachweisbar.

⁵⁹ AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 14 ff.; vgl. auch die Berichte des Ansiedlungskomitees der Wojewodschaft Schlesien-Dąbrowa in: AAN, Ministerstwo Administracji Publicznej (künftig zit.: MAP), sygn. 2467, Bl. 68, 105 und 124; LISZKA (wie Anm. 18), S. 158; Pierwsze lata (wie Anm. 15), S. 1036. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß ähnlich den Ausgebombten aus deutschen Großstädten auch zahlreiche Einheimische und Umsiedler in Polen in der Folge des Krieges ihr Eigentum verloren hatten. Die Unterschichtung der Gesellschaft durch Vertriebene war in Brandenburg und im Oppelner Schlesien um so deutlicher, je intakter und vom Krieg unberührt die dörflichen Milieus der Aufnahmegebiete blieben.

⁶⁰ FRANCISZEK KUSIAK: Osadnictwo wiejskie w środkowych i północnych powiatach Dolnego Śląska w latach 1945–1949 [Dörfliche Ansiedlung in den mittleren und nördlichen Kreisen Niederschlesiens in den Jahren 1945–1949], Wrocław 1982, S. 234 ff. Kusiaks ausgezeichnete Monographie zeigt einen wesentlichen Unterschied zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen auf. In Polen konnte über Probleme bei der Wiederbesiedlung der Westgebiete und der Ansiedlung der „Repatrianten“ sehr frei geforscht und in bestimmten Perioden auch weitgehend frei publiziert werden, während in der DDR das Thema „Umsiedler“ nahezu tabu blieb.

ihr Eigentum wie das aller deutschen Staatsbürger in den ehemaligen Ostgebieten enteignet worden war. Für den meisten Streit zwischen Einheimischen und Vertriebenen sorgte die rechtlich ungeklärte Vergabe von Hofstellen an Neuankömmlinge. 1945 waren viele verwaiste Höfe, von denen die einheimischen Oberschlesier geflohen waren, zunächst ostpolnischen Vertriebenen zugewiesen worden. Die Einheimischen kehrten jedoch nach Kriegsende häufig zurück und forderten die Rückgabe ihres Eigentums.⁶¹ Im Zuge der Verifizierung wurde ihr in den Grundbüchern eingetragenes Eigentum prinzipiell bestätigt. Die Vertriebenen mußten die vorläufig besetzten Hofstellen meist räumen und konnten sich auf Dauer also auch in dem Verteilungskonflikt um Land gegen die Einheimischen nicht oder nur in Ausnahmefällen durchsetzen. Für das Oppelner Schlesien kann daher für die Bevölkerungsgruppe der Vertriebenen, wenn es auch individuelle Ausnahmen gab, ebenfalls eine Unterschichtung festgestellt werden.

In Brandenburg war die egalitär geprägte Vertriebenenpolitik 1948 in einer Sackgasse angelangt. Die Umverteilungsspielräume waren bei der Verteilung von Land, Wohnraum und Hausrat bereits erschöpft oder nur gegen erheblichen Widerstand der Einheimischen zu erweitern. Ab 1948 wandelte sich die Einstellung der Behörden gegenüber den Vertriebenen radikal. Die Vertriebenenproblematik wurde für erledigt erklärt. Statt auf Umverteilung setzte die Politik in der gesamten SBZ/DDR nun auf Unterdrückung. Die „Umsiedler“ wurden zunehmend nicht als Opfer gesehen, sondern als Mittäter des Faschismus politisch und persönlich diffamiert, ihre Forderungen als „besondere Umsiedlerinteressen“ gebrandmarkt. Auftakt für diese politische Wende war die Schließung der ZVU im Frühjahr 1948 und deren Abwicklung zu einer Hauptabteilung Umsiedler in der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI).⁶² Im September 1949 wurden in Brandenburg die Umsiedlerausschüsse, die bis dahin auf lokaler Ebene wesentliche Arbeit für die Vertriebenen geleistet hatten, ebenfalls aufgelöst.⁶³ Im Zuge dieser politischen Richtungsänderung fielen auch die zahlreichen Umsiedlergenossenschaften der ideologischen Neuorientierung zum Opfer. Die Genossenschaften hatten zwar von ihrem Wirtschaftsvolumen gesehen nur marginale Bedeutung, waren aber ein Symbol dafür, wie sich Vertriebene bei geringer Unterstützung der Behörden mit eigener Kraft

⁶¹ Zu diesen Konflikten vgl. LISZKA (wie Anm. 18), S. 49 u. 50; BANASIAK, *Osadnictwo* (wie Anm. 18), S. 144 und 162; SERAFIN (wie Anm. 18), S. 116; AP w Katowicach, UWSI [Wojewodschaftsamt], Wyd. Sp-Pol. [Abteilung Gesellschaft und Politik], sygn. 42, Bl. 8.

⁶² MICHAEL SCHWARTZ: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: *Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der Deutschen Demokratischen Republik*, hrsg. von HARTMUT MEHRINGER, München 1995, S. 43–96, hier S. 92.

⁶³ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1163, Bl. 109.

aus ihrer Misere hocharbeiten konnten.⁶⁴ Mit dem „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ vom 8. September 1950⁶⁵ startete die junge DDR einen letzten Versuch, das Lebensniveau der Vertriebenen in Richtung der Einheimischen anzuheben. Das Gesetz, das wegen der knappen Kreditzuweisungen durchschnittlich pro Umsiedler in der DDR nur ca. 100 Mark bereitstellte, konnte den konsumptiven Nachholbedarf der Vertriebenen jedoch in keiner Weise decken.

Im Oppelner Schlesien war die Lage der ostpolnischen Vertriebenen grundsätzlich vergleichsweise besser, weil sie zur sogenannten „Repolonisierung“ des Gebiets gebraucht wurden. Dennoch herrschte von seiten des Regimes gegenüber den Vertriebenen zunächst starkes Mißtrauen. Im Anhang eines Beschlusses des Ministerrats vom Mai 1945 über die Besiedlung wird dies erkennbar. In dem Text heißt es, daß die Repatrianten „als Polen ein wertvolles Element sind . . ., aber sich nicht für die Rolle des Pioniers, Eroberers und Organisators eignen, wie es die Aufgaben von ihnen fordern, vor denen Polen steht“.⁶⁶ Generell schätzte das Regime die „Repatrianten“ als antikommunistisch ein. Aufgrund der Vertreibung und der vorherigen Erfahrungen mit dem Sozialismus sowjetischer Prägung von September 1939 bis Juni 1941, als die Ostgebiete Polens das erste Mal von der Sowjetunion besetzt waren, dürfte diese Einschätzung nicht einmal falsch gewesen sein. Bei der Vergabe von Stellen in den machtvollen Sicherheitsorganen, bei der Verwaltung und in der Wirtschaft wurden daher zunächst Zentralpolen bevorzugt.⁶⁷ Für Brandenburg liegen keine genauen Zählungen vor, aber auch dort stellte die Landesregierung Ende 1946 fest, daß nur 64% der Gemeinden „Umsiedler“ beschäftigten.⁶⁸ Für die Vertriebenen im Oppelner Schlesien stellte sich insofern eine Veränderung ein, als das Regime den einheimischen Oberschlesiern wegen ihrer deutschen Vergangenheit und ihrer gemischten, zunehmend antipolnischen Identität noch mehr mißtraute als den Vertriebenen. Zudem kehrten viele

⁶⁴ Zu den Umsiedlergenossenschaften vgl. STEFFI KALTENBORN: Der Versuch zur Wiederbelebung des Gablonzer Kunsthandwerkes im Land Thüringen – Utopie oder reale Möglichkeit?, in: Wirtschaftliche Folgelasten (wie Anm. 52), S. 383–402; s. a. GISELA CONRAD: Können Produktivgenossenschaften einen Beitrag zur wirtschaftlichen Eingliederung der Umsiedler leisten? (Eine Untersuchung am Beispiel des Landes Brandenburg), Phil. Diss., Freie Universität Berlin, 1950.

⁶⁵ Gesetzblatt der DDR, Jg. 1950, 2. Halbjahr, S. 971–973.

⁶⁶ AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 11–24; vgl. auch LISZKA (wie Anm. 15), S. 67.

⁶⁷ Vgl. für die Sicherheitsorgane WOJCIECH BŁASIAK: Śląska zbiorowość regionalna i jej kultura w latach 1945–1956 [Die schlesische Regionalgemeinschaft und ihre Kultur in den Jahren 1945–1956], in: MIROSLAWA BŁASZCZAK-WACŁAWIK, WOJCIECH BŁASIAK, TOMASZ NAWROCKI: Górny Śląsk. Szczególny przypadek kulturowy [Oberschlesien. Ein kultureller Sonderfall], Warszawa 1990, S. 67–145, hier S. 88ff. Für die Wojewodschaftsverwaltung und die ihr nachgeordneten Administrationen liegt eine Beamtenzählung vom Frühjahr 1946 vor in: Śląsko-Dąbrowski Przegląd Administracyjny, Jg. 2, Nr. 1/1947, S. 30.

⁶⁸ BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 163.

Umsiedler nach Zentralpolen zurück, als sie feststellten, daß in den polnischen Westgebieten keineswegs Milch und Honig flossen, wie die Regierung und die Umsiedlungsorgane ihnen 1945 versprochen hatten. Somit war Polen auf die Vertriebenen als Träger polnischer Staatlichkeit verstärkt angewiesen. Jegliche Bestrebung, sich in Interessenverbänden oder kulturellen Organisationen zusammenzuschließen, blieb jedoch ähnlich wie in der DDR untersagt.

Als negativ für die angestrebte Gleichstellung mit der übrigen Bevölkerung wirkte sich die ungelöste Eigentumsfrage aus. Das Bewußtsein, wieder Eigentümer zu sein, war entscheidend für die Bindung an die neue Heimat. Theoretisch standen auch hier die polnischen Vertriebenen vergleichsweise günstig da. In den Abmachungen des PKWN mit Litauen, Weißrußland und der Ukraine war für die „Repatrianten“ eine Entschädigung im Umfang ihres im Osten verlorenen Eigentums festgelegt worden, Land ausgenommen, dessen Ersatz ein Gesetz über die Landreform regeln sollte.⁶⁹ In den Westgebieten wurden den Ostpolen tatsächlich freie Landwirtschaften und Wohnungen zugewiesen. Die Vergabe von Eigentumstiteln wurde jedoch hinausgezögert und ab 1947 den Zielen der Verstaatlichung bzw. der Kollektivierung untergeordnet. Da die Vertriebenen im Gegensatz zu den Einheimischen meist keine Grundbucheintragung ihres zugewiesenen Eigentums vorweisen konnten, hatten sie keine rechtliche Handhabe gegen die Kollektivierung und wurden somit um ihre Entschädigung betrogen. Krystyna Kersten attestiert bei den Ostpolen ein „Gefühl der Benachteiligung“, je höher ihre materiellen Verluste waren.⁷⁰ Zu dem ehemals deutschen Eigentum, insbesondere den Häusern und Höfen, in die man sie eingewiesen hatte, konnten die Vertriebenen daher nur sehr langsam einen Bezug entwickeln. Fatal wirkte sich in diesem Zusammenhang der Kurswechsel zum Stalinismus ab 1948 aus, in dessen Gefolge zuvor zugestandene Eigentumsrechte und Besitzansprüche der Vertriebenen, aber auch der zugewanderten Umsiedler aus Zentralpolen, ständig verletzt wurden. Wie schon Bewohner der Westgebiete beobachteten, setzte deshalb bereits in den 50er Jahren ein sichtbarer Verfall der überwiegend von „Repatrianten“ bewohnten Häuser und Ortschaften ein.⁷¹ In der SBZ/DDR unterblieb ein Lastenausgleich oder eine vergleichbare Gesetzgebung. Dies trug zum Eindruck vieler Vertriebenen bei, benachteiligt zu sein.

Die wirtschaftliche Lage der Vertriebenen erfuhr in beiden Vergleichsgebieten erst in den 50er Jahren eine Verbesserung, weil der rapide Wandel, insbe-

⁶⁹ Siehe die Repatriierungsverträge (wie Anm. 2); vgl. auch BANASIAK, *Osadnictwo* (wie Anm. 18), S. 141.

⁷⁰ KERSTEN, *U podstaw* (wie Anm. 53), S. 72f.

⁷¹ Archiv des Instytut Zachodni, Poznań [Westinstitut, Posen] „Pamiętnik Osadników“ [Memoirenwettbewerb „Erinnerungen von Ansiedlern“], 1957, *Pamiętnik* [Erinnerungen] Nr. 61; vgl. auch ZYGMUNT CHRZANOWSKI: *Problemy adaptacji i integracji społecznej w Lewinie Brzeskim* [Probleme der Adaption und Integration in Löwen, Kr. Brieg], Opole 1966, S. 25.

sondere die Industrialisierung, die soziale Mobilität erhöhte. Voraussetzung für einen Aufstieg war jedoch ein zumindest nach außen getragenes Einverständnis mit der Ideologie der Regime und Stillschweigen bezüglich einer auf die alte Heimat bezogenen Identität und des Ablaufs der Vertreibung. Die starke soziale Mobilität war in den jungen sozialistischen Systemen der Faktor, der am meisten zur Integration der Vertriebenen beitrug.⁷² Gegen Ende des hier untersuchten Zeitraums verlagerte sich allgemein der Schwerpunkt der Vertriebenenintegration vom Land in die Städte, wo die nunmehr von den Machthabern angestrebte Assimilation grundsätzlich rascher und leichter verlief als in den Dörfern. Die rapide ausgebauten Industriezentren im Süden Brandenburgs⁷³ und im Südosten des Oppelner Schlesiens⁷⁴ wirkten als „melting pots“ für die Gesellschaft. Gerade weil die dörfliche Gesellschaft in beiden Vergleichsgebieten ein starkes Abwehrsystem gegen die Neuankömmlinge entwickelte und diese überproportional häufig in ihrer Existenzgründung scheiterten, waren die Vertriebenen gewillt, in die neuen Industriezentren weiterzuwandern. Dadurch, daß sie eine materiell unterdurchschnittlich ausgestattete, aber überdurchschnittlich mobile⁷⁵ und aufstiegsorientierte Schicht waren, stellten die Vertriebenen im Oppelner Schlesien und in Brandenburg

⁷² Vgl. für die SBZ die empirischen Erhebungen von LUTZ NIETHAMMER: *Die volkseigene Erfahrung: Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991, S. 113, 400ff. und 488. Vgl. für Polen Archiv des Institut Śląski, Opole [Schlesisches Institut, Oppeln] „Pamiętnik trzech pokoleń mieszkańców ziem Odzyskanych“ [Memoirenwettbewerb. Erinnerungen von drei Generationen der Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete], 1986, Pamiętnik [Erinnerungen] Nr. 68, Nr. 82 und Nr. 100.

⁷³ HÜBNER (wie Anm. 16), S. 41 ff.

⁷⁴ Vgl. die Untersuchungen zum Chemiestandort Kandrzin-Cosel (Kędzierzyn-Koźle): STEFAN NOWAKOWSKI: *Narodziny miasta* [Geburt einer Stadt], Warszawa 1967; DOROTA SIMONIDES: *Problem unifikacji narodowej na Śląsku na przykładzie Kędzierzyna* [Das Problem der nationalen Unifizierung in Schlesien am Beispiel von Kandrzin], in: *Znak* XI (1959), Nr. 55, S. 3–22.

⁷⁵ PAUL ERKER: *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945–1955*, Wiesbaden 1988, S. 26ff. zeigt, daß auch in Westdeutschland nur etwa ein Drittel der Vertriebenen in der ursprünglichen Aufnahmegesellschaft auf dem Lande verblieb, während ein Drittel innerhalb der ersten drei Jahre nach dem Krieg aus den Dörfern wegzog und ein weiteres Drittel 1949/1950 in die Städte abwanderte. Für die SBZ/DDR liegen vergleichbar detaillierte Untersuchungen bisher nicht vor. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß auch dort die Zahl der Vertriebenen in den Dörfern nach 1948 deutlich sank, während sie in den neuen Industriezentren stieg. – Für das Oppelner Land s. bezüglich der Binnenwanderung verschiedener Bevölkerungsgruppen KRYSZTOF HEFFNER: *Śląsk Opolski. Proces przekształceń ludnościowych i przestrzennych systemu osadnictwa wiejskiego* [Das Oppelner Schlesien. Der Wandel der Bevölkerung und des räumlichen Systems der dörflichen Ansiedlungen], Opole 1991, S. 43–44; ŻYGULSKI (wie Anm. 13), S. 15; BOHDAN JAŁOWIECKI: *Przyczynę do badań nad procesem adaptacji i integracji społecznej repatriantów na Opolszczyźnie* [Ein Beitrag zur Erforschung der gesellschaftlichen Adaptions- und Integrationsprozesse der Repatrianten im Oppelner Land], Opole 1966, S. 7 und 18.

analog zu den westdeutschen Ländern ein Arbeitskräftereservoir für den Industrialisierungsschub der 50er und 60er Jahre.

Andererseits kann die hohe Mobilität der Vertriebenen auch als Indiz dafür gesehen werden, daß die Integration an den ursprünglichen Aufnahmeorten sowie die Ziele und Maßnahmen der Vertriebenenpolitik bis 1952 weitgehend gescheitert waren. Die Gesellschaft in Brandenburg und im Oppelner Schlesien blieb lange Jahre nach dem Krieg eine Zusammenbruchsgesellschaft⁷⁶, deren innere Beziehungen und Zusammenhalt sich erst in den 50er Jahren langsam stärkten. Sichtbares Zeichen der Integrationsdefizite in beiden Vergleichsgebieten war zum einen die bis 1952 im Vergleich zu den Einheimischen überproportionale Abwanderung von Vertriebenen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland,⁷⁷ zum anderen die fortdauernde Spaltung der Gesellschaft im Oppelner Schlesien.

Die nationalistisch geprägte Integrationspolitik im Oppelner Schlesien war auch eine der Ursachen, warum die einheimischen Oberschlesier Ende der 50er Jahre zum ersten Mal in großer Anzahl ihre Heimat verließen und nach Westdeutschland abwanderten. Die Geschichte des Oppelner Landes zeigt, daß Regionen, aus denen Angehörige anderer Nationen vertrieben wurden, nicht unbedingt die durch die Vertreibung erhoffte innenpolitische und gesellschaftliche Stabilisierung erfahren. Im Gegenteil: Die Versuche einer nationalen Homogenisierung auf dem Wege der ethnischen Säuberung brachten zahlreiche negative Folgen mit sich. Die einheimischen Oberschlesier fanden keinen Platz in dem neuen, kommunistischen Polen, doch auch die „Repatrianten“ erfüllten die (Pionier-)Aufgaben, die ihnen das Regime zugewiesen hatte, nur begrenzt. Die Volksrepublik Polen litt im Oppelner Land wie in den gesamten Westgebieten unter einer Partizipations- und Identifikationskrise, die unter den Vertriebenen besonders ausgeprägt war. Die von den Machthabern angestrebte Integration der Vertriebenen in beiden Vergleichsgebieten war somit in dem hier behandelten Zeitraum noch lange nicht erreicht. Der beabsichtigte Umbau Brandenburgs und des Oppelner Schlesien zu homogenen, sozialistischen Gesellschaften blieb, wie das Beispiel der Vertriebenen belegt, bis 1952 Stückwerk.

⁷⁶ Vgl. zu diesem Begriff JÜRGEN KOCKA: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/1994 (7. 10. 1994), S. 34–45, hier S. 40.

⁷⁷ SERAPHIM (wie Anm. 51), S. 63; MEINICKE/VON PLATO (wie Anm. 16), S. 79; für Brandenburg vgl. eine Zählung des Amtes für Information beim Ministerpräsidenten in: *BLHA, Ld. Br. Rep. 202G, Nr. 71, Bl. 11*. Allerdings sollte man sich hüten, aus Anlaß dieser Abwanderung ein allzu rosiges Bild der Geschichte der Vertriebenen in den westdeutschen Ländern zu konstruieren. Auch dort war ihre Integration ein problematischer und lang andauernder Prozeß. Vgl. neben ERKER (wie Anm. 75) auch PAUL LÜTTINGER: *Integration der Vertriebenen*, Frankfurt am Main u. a. 1989.

Summary

The Expellee Problem in Brandenburg and Opole Silesia, 1945–1952
Comparative Aspects of Two State Histories

In 1945, the former Prussian provinces of Brandenburg and Upper Silesia were situated on either side of the new border between Germany and Poland. The reorganization of the border line was connected with forced migration. Most Germans inhabiting Opole Silesia were forced to leave their homes and migrate to the remaining German states. The German population of Opole Silesia was partly replaced with Poles from the former eastern territories of Poland, who had been forced or pressured to migrate themselves.

Despite these territorial and demographic changes, there were still several similarities between the two regions: Between 1945 and 1952 both Brandenburg and Opole Silesia were governed by socialist regimes which initiated sweeping [economic] changes such as land reforms and a wave of industrialization. The problems and effects caused by these changes were similar in many respects. The most striking example are the land reforms which in both regions suffered from a lack of farm buildings, cattle and tools, i. e. the structural problems created by a disrupting change from large-scale land-holding to medium- and small-scale farming.

This study concentrates on yet another comparative aspect of the post-war history of Brandenburg and Opole Silesia: The situation of expellees. In 1950 they comprised about one quarter of the population in both regions. The Polish and German expellees had been moved to the West as a result of the international process in which the Allied Powers had redrawn the territorial and ethnic map of post-war Europe. The expulsions of Poles and Germans were carried out under different legal regulations, but in both cases they caused the pauperization of most expellees. Living conditions upon their arrival in Brandenburg and Opole Silesia were highly unfavourable.

The main [political] goal pursued in the Soviet Zone of Occupation (the later GDR) and Poland was to integrate these expellees into society. The integration policy in Eastern Germany had a strongly egalitarian character, while Poland followed a nationalist course. Until 1952 the level of integration in both regions was still low. This was due to the failure of most political measures to foster integration and the misconceptions of both regimes about the character of society: There was no national solidarity among all Poles. Resettlers from Central Poland who had migrated to Opole Silesia dominated the economic and political life. Even more disadvantaged than the Polish expellees was the Slavic-rooted, often Polish-speaking indigenous population in Upper Silesia, which was alienated from Poland and the Polish state. One reason for this alienation was the nationalist expellee policy, which in fact split society. The ruling party in Eastern Germany, the SED (Socialist Unity Party), vastly overestimated the solidarity within society, too. As in Opole Silesia, there were severe conflicts between expellees and the local population.

Only in the 1950s, when many expellees moved to the cities and new industrial centres in both regions, did integration make more progress.